Erscheint alle 14 Tage Mittwochs. Red.-Schluß: Sonntag.
Monats-Abonnement für Oktober 0.30 M. Buchhdl.-Gehilfenschaft.
Anzeigenpreis: 4 einspaltige Petitzeile (Rechtsteil ausgeschl.) 0.20 M. 2 zehn Schillinge pro. Stellenanzeigen. Umg. die Hälfte.

Der Schuhmacher

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher
und Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Verantwortlicher Redakteur: Otto Freitsch, Nürnberg. Fernspr.-Anschl. 403 Versandst. u. Redakt.: Nürnberg 1, Essenweinstraße 1, 1 Zahlungen: Postscheckkonto 23989 Expedition „Der Schuhmacher" Nbg.

Nummer 39/40 — Nürnberg, den 3. Oktober 1923 — 37. Jahrgang

Internationaler Schuh- und Lederarbeiterkongreß in Dresden.

Am Sonntag, den 16. September, nahm im Dresdener Volkshaus der Kongreß der Internationalen Vereinigung der Schuh- und Lederindustriearbeiter seinen Anfang. Es waren mehr als 53 Delegierte aus 11 Ländern eingetroffen und zwar aus Belgien, Dänemark, Deutschland, England, Frankreich, Norwegen, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn. Als Gast nahm Kollege Zimmer-Winterthur und Kollege Dworaf (Tschechoslowakei) an dem Kongreß teil. Namens der Internationalen Vereinigung eröffnete der Sekretär des Zentralkomitees Simon den Kongreß, der durch eine gesangliche Darbietung des Dresdener Arbeitergesangvereins „Liedertafel" eingeleitet wurde. Simon begrüßte dann den sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner, den Vertreter des russischen Lederarbeiterverbandes Jusefowitsch und den Vertreter der sächsischen Gewerkschaften Genossen Elsner.

Elsner entbot den Willkommengruß der Dresdner Kollegenschaft und der Gewerkschaften Sachsens, betonend, daß das deutsche Proletariat keinen heißeren Wunsch kenne, als endlich mit seinen Nachbarvölkern in Ruhe und Frieden zu leben. In Deutschland fände die Republik in der Arbeiterschaft ihre zuverlässigste Stütze. Eine Niederlage des deutschen Proletariats würde uns um Jahrzehnte zurückwerfen national und international, deswegen gelte es in Einigkeit und gemeinsam den Kampf zu führen. Den Anwesenden aus der Seele gesprochen waren auch die Begrüßungsworte des Ministerpräsidenten Dr. Zeigner. Sie waren ein Appell an die Einigkeit. Für verschiedene Gruppen, die wirklich zusammenarbeiten wollen, gebe es auch einen Weg, das habe man bei der Regierungsübernahme in Sachsen erfahren. In der praktischen Zusammenarbeit würden die Gegensätze und Schwierigkeiten von selbst abgeschliffen. Hauptsache sei, daß im sozialistischen Geiste gearbeitet, und nach einem bestimmten Ziele getrebt würde. Unter diesen Voraussetzungen könne der Kampf mit jedem Gegner aufgenommen werden. Jusefowitsch-Rußland, dem nach einigen Einwendungen von englischer Seite als Gast lediglich zu einer Begrüßungsansprache das Wort erteilt wurde, wies auf die Offensive des Kapitals und die Vorstöße des Faschismus in den verschiedenen Ländern hin. Aus diesem Grunde sei es notwendig, daß sich die Fraktionskämpfe dem allgemeinen Klasseninteresse unterwerfen müßten. Er habe den ernsten Willen und den aufrichtigen Wunsch, daß der russische Verband auch in die Lederarbeiterinternationale aufgenommen werde. In Rußland sei es dem Verbande möglich gewesen, den Mitgliedstand wieder bis auf 70 Prozent des Friedensstandes zu heben. Daß Ziel der Befreiung der Arbeiterklasse müsse und höher stehen, als alles andere. Die Verbände aller Länder, ob Amsterdamer, Moskauer oder neutraler Richtung, müßten sich in einer proletarischen Einheitsfront zusammenfinden.

Die Wahl des Bureau zur Leitung des Kongresses hatte folgendes Ergebnis: 1. Poulton-London, 2. Roux-Paris, 3. Simon-Nürnberg. In die Schriftführerposten teilten sich Kollegen aus Deutschland, Belgien, Schweiz, Skandinavien, Oesterreich und der Tschechoslovakei.

Ein Antrag Hörz-Berlin, die vorliegende Tagesordnung noch um einen Punkt „Erörterung über Faschismus und Kriegsgefahr" zu erweitern, fand Ablehnung im Hinblick auf die Schwierigkeiten und Mißverständnisse, welches ein nicht gehörig vorbereitetes Referat für die vielen sprachlichen Uebersetzungen bietet. Es blieb somit bei der zuerst aufgestellten Tagesordnung (veröffentlicht im „Schuhmacher" Nr. 31).

Der Bericht des Sekretärs des Zentralkomitees Kollegen Simon ging auf die Zerrüttung des Wirtschaftslebens ein, die als Kriegsfolge immer weitere Auswirkungen zeitigt. Arbeitslosigkeit und Währungsverfall seien noch beschleunigt worden durch die Besetzung des Ruhrgebiets. Die deutschen Arbeiter haben erkannt, daß Deutschland am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit teilnehmen müsse. Die Ruhrbesetzung habe dieses Ziel unmöglich es zu fördern, vereitelt. Gegen die Drangsalierungen der Ruhrbevölkerung müsse das Weltgewissen aufgerufen werden. Der Währungssturz führte in Deutschland bereits zu Hungerkrawallen, die Ruhrbesetzung habe im Innern der nationalistischen Agitation neuen Auftrieb verliehen, sodaß Deutschland heute zu einem Gefahrenherd für Europa geworden sei. Unter der Ruhrbesetzung und ihren Folgen habe die internationale Tätigkeit des Sekretariats ebenfalls zu leiden gehabt. Bei der Schweizer Großfirma Bally habe das Sekretariat in Lohnfragen verhandelt leider mit negativem Erfolg. Die Beziehungen zur Amsterdamer Internationale wurden durch Teilnahme an den Internationalen Gewerkschaftskonferenzen in Rom und im Haag bekräftigt. Die belgischen und französischen Verbandstagungen sind durch Delegationen beschickt worden. Für das Sekretariat wurde eine sprachkundige Kraft für die Uebersetzungsarbeiten angestellt. Neben der „Internationalen Korrespondenz", die alle Vierteljahr erscheinen, wurden Monatsberichte aufgestellt, um die angeschlossenen Organisationen über den Stand der Bewegung in den einzelnen Ländern auf dem Laufenden zu erhalten. Das Zentralkomitee nahm dreimal Gelegenheit zusammenzutreten: am 28. September 1921, am 11. Juni 1922 und endlich am 6. Juni 1923. Die erste Sitzung galt entsprechend dem Auftrag des Wiener Kongresses der Aufstellung des Statuts. Die letztgenannte Sitzung hatte sich mit Aufnahmeanträgen von Verbänden Moskauer Richtung zu befassen, die abgelehnt wurden bis zur Entscheidung dieses Kongresses. Gegen die Auflösung des tschechischen Schuhmacherverbandes wurde eine Protestresolution angenommen, ebenso eine solche gegen die Ruhrbesetzung. Der Internationalen Vereinigung der Schuh- und Lederindustriearbeiter sind, wie der Berichterstatter mitteilt, 13 Länder mit 23 verschiedenen Fachorganisationen und rund 354000 Mitgliedern angeschlossen.

Die Diskussion über den Bericht wurde mit der Behandlung der zu Punkt 2 der Tagesordnung gestellten Anträge verbunden. Poulton-London legt Wert darauf festzustellen, daß Verbandsgebietsteilen von sich aus nicht ermächtigt sind Anträge zu stellen. Diese Anträge müßten durch die Landesorganisationen gehen.

Magnu-Schweiz und Hörz-Berlin machen einige Ausstellungen an dem Bericht, die sich auf die Förderung sozialpolitischer Ziele, Annäherungsbestrebungen zwischen Moskau und Amsterdam, Arbeitsgemeinschaftspolitik und die Bemühungen, die amerikanische und andere Organisationen für die Internationale zu gewinnen, beziehen. Simon antwortet darauf, daß er die Anregung des Wiener Kongresses nach Amsterdam weitergegeben habe, mehr könne er nicht tun. Er könne weder Amsterdam nach Moskau am Ohr nehmen und sie zusammenbringen. Bezüglich des Vorwärtstreibens der Sozialpolitik solle man doch die negative Kritik unterlassen solange man nicht positive die Mittel angeben könne, auf welchem Wege rascher vorwärts zu kommen sei. Die Arbeitsgemeinschaftspolitik sei von ihm, wie bekannt ist, nicht als erfolgversprechend angesehen worden. Versuche, mit Amerika wieder in Verbindung zu kommen, seien gemacht worden. Die Kritiker sollten doch wissen, daß Amerika zur Zeit den Weltfrieden ablehnt, weil Amsterdam ihnen zu rot ist. Eine wirkliche Internationale müsse die Mittelmäßigkeit einhalten, deswegen gehe es nicht an, einem Diktum irgend einer Richtung zu können.

Einen breiteren Raum in der Debatte nahm die Erörterung der russischen Frage

ein. Die Schweizer Lederarbeiter hatten den Antrag eingebracht: „Aufnahme des russischen Lederarbeiterverbandes in die Internationale Vereinigung."

Bekanntlich hat die Kommunistische Partei in den unrückstehenden parteipolitischen Richtungskämpfen 21 Punkte als Richtlinien für kommunistische Parteimitglieder aufgestellt, wonach einige direkt in das Gewerkschaftsgetriebe eingreifen. So wird jedem Kommunisten zur Pflicht gemacht, „eine kommunistische Tätigkeit innerhalb der Gewerkschaften zu entfalten, es sollten in den Gewerkschaften kommunistische Zellen gebildet werden, die der kommunistischen Partei vollständig untergeordnet sein sollen. Nach diesen Punkten, sowie nach den Statuten der roten Internationale, hätten die Kommunisten außerdem ständig den Kampf gegen die Amsterdamer Internationale zu führen.

Das Schuhkomitee der Internationalen Vereinigung der Schuh- und Lederindustriearbeiter hat sich veranlaßt gesehen, zu dem verschiedenen Aufnahmeanträgen Stellung zu nehmen und macht nach Lage der Dinge auch die Aufnahme des russischen Lederbandes von Bedingungen abhängig, die dem Kongreß vorliegen. Dieselben lauten:

„Der Internationale Kongreß der Schuh- und Lederarbeiter erkennt an, daß die Vereinigung aller auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Organisationen zu einer Internationalen Vereinigung eine unbedingte Notwendigkeit ist.

Diese Vereinigung wird aber nur dann fruchtbringend, die Kampffähigkeit dieser Internationale nur dann gegeben sein, wenn die angeschlossenen Verbände und deren Vertreter gewillt sind, in kameradschaftlicher Weise zusammenzuarbeiten, die selbst gegebenen Organisationen anzuerkennen und die Kongreßbeschlüsse zu achten.

Es müssen daher von allen Verbänden, die um die Aufnahme in die Internationale Vereinigung nachsuchen, folgende Bedingungen anerkannt werden:

1. Vorbehaltlose Anerkennung der Statuten und Kongreßbeschlüsse der Internationalen Vereinigung der Schuh- und Lederindustriearbeiter. Unterlassung jeden Versuchs, Beschlüsse irgendeiner der Internationalen Vereinigung nicht angehörenden Organisationen oder Instanzen durchzuführen. Unterlassung der Zellenbildung in der Internationalen Vereinigung und in den derselben angeschlossenen Organisationen.

2. Einstellung des Verleumdungsfeldzuges gegen die Amsterdamer Internationale und gegen die derselben angeschlossenen Sekretariate und Organisationen. Vorhandene Meinungsverschiedenheiten sind in sachlicher Weise ohne persönliche Angriffe auszutragen.

3. Jeden Versuch zur Spaltung der internationalen Organisation zu unterlassen und solchen Versuchen entgegenzutreten. Soweit Spaltungen schon erfolgt sind, ist alles zu tun, um die Wiedervereinigung dieser Verbände herbeizuführen."

(Fortsetzung folgt.)

Grobe Insultation von Kongreß-Delegierten.

Einer groben Anrempelung waren die französischen Genossen ausgesetzt, die auf der Heimreise vom Internationalen Kongreß der Schuh- und Lederarbeiter von Dresden kommend, in Nürnberg abzeitigen waren. Da sie in Stuttgart nicht günstigen Anschluß hatten, wollten sie den Tag in Nürnberg verbringen. Auf der Straße machte sich ein Ueber-Chauvinist an sie heran, die Kollegen anfragend, ob sie Franzosen seien. Auf Bejahung dieser Frage waren gleich einige rechtsnationalistische Flegel zur Hand, die seit ein paar Wochen, seit dem sogenannten „Deutschen Tag", hier recht frech ihr Wesen treiben. Durch Schimpfen und Radau wurde ein Straßenauflauf verursacht, so daß die Kollegen selbst noch in ihrem Hotel den Schutz der Polizei in Anspruch nehmen mußten, die dann auch die unbehelligte Weiterreise der Kollegen ermöglichte. An diesem Beispiel steht man wieder, wie weit in Bayern die Verachtung der politischen Sitten schon vorgeschritten ist. In der Arbeiterpresse wurde die nationalistische Flegelei dieser Ueberpatrioten festgenagelt und festgestellt, wie sie durch ihr Auftreten der deutschen Sache einen schlechten Dienst erwiesen haben, weil sie Leute insultierten, die den Mut besitzen, in ihrem eigenen Lande die Politik eines Poincaré

Die Hakenkreuz-Epidemie.

I.

Die Geschichte aller Zeiten und aller Völker beweist, daß nach bedeutenden wirtschaftlichen und politischen Bewegungen stets eine große geistige Verwirrung innerhalb der Bevölkerung eingetreten ist. Diese äußert sich mehr oder weniger laut und umfangreich, je nachdem gesellschaftliche Umschichtungen und Eigentumsveränderungen an Besitz und Reichtum stattfanden. Der vierundhalbjährige Weltkrieg mit den nachfolgenden politischen Umwälzungen war bisher die größte politische und wirtschaftliche Bewegung in unserer Zeitrechnung. Für alle beteiligten Völker, besonders aber für die besiegten, sind die nächsten Folgen des Krieges ungeheure Leiden und Kosten, ferner die Beschneidung der politischen Macht der kriegsschuldigen Herrschaftsklasse und eine Erweiterung der politischen Freiheiten und des wirtschaftlichen Einflusses des vierten Standes.

Das letztere paßt natürlich all denen nicht, welche die kulturelle Hebe eines Volkes als Verdienst der Intelligenz und Arbeitsamkeit aller Kreise ablehnen und sich selbst als geborene und allein befähigte Führer der Politik und Wirtschaft ansehen. Ihr Streben geht deshalb auch dahin, die früheren Zustände so bald als möglich wieder herbeizuführen. Sie werden dabei unterstützt von jenen Klassen, die infolge des verlorenen Krieges ihre früher gesellschaftlich so angesehenen Stellungen verloren haben und die jetzt aus Mangel an Intelligenz und Mitteln oder auch wegen zu geringer Arbeitsfreudigkeit sich in die neuen Verhältnisse nicht einfügen können oder wollen. All diese Kreise haben aus der Geschichte nicht gelernt, daß die ökonomischen Verhältnisse sich dauernd in Fluß befinden, und daß nicht militärische Rüstungen sondern produktive Arbeitsleistungen das Wohl und Wehe der Völker und der gesamten Menschheit bestimmen. Der jähe Sturz von ihrer gesellschaftlichen Höhe hat bei ihnen eine geistige Konfusion verursacht und dazu geführt, daß sich gleiche Schicksalsgenossen zusammenfinden zu dem Zwecke, das, was von der Entwicklung als alt und morsch heruntergeschwemmt wurde, wieder aufzurichten.

Das diese militärischen Stahlgewitter aus der Zeit des Weltkriegs, denen der jähe Sturz aus ihrer stolzen Höhe so schwer am Herzen liegt, sich sogar an der Arbeiter heranmachen, um Anhang zu gewinnen, der sich für ihre Zwecke benutzen läßt, ist für die Gewerkschaften Grund genug, auf der Hut zu sein und die nichtsnutzigen Machenschaften dieser rechtsstehenden Bodenverderber ständig wachsam im Auge zu behalten.

Die dreckmutige und herrschaftslüsterne Kaste aus der Zeit des Obrigkeitsstaates hat sich immer schien angeklagt, wieder

Anhang zu gewinnen. Zuerst wandte man sich an politisch urteilsunfähige junge Leute, die das Treiben dieser Herren im Kriege (hinter der Front!) aus eigener Anschauung nicht mehr mit angesehen haben. Dann wurden die „neuen Armen", die infolge der Wirtschaftszerrüttung, hervorgerufen durch die lange Dauer des Krieges, ihr Vermögen verloren hatten, als Agitationsobjekte ausersehen. Kleine Geschäftsleute, die nach Beendigung des Krieges ihrer bisherigen Tätigkeit aufgeben mußten Intellektuelle, die ihre Habe dahinschwinden sahen und deren gesellschaftliche Position durch den wirtschaftlichen Zerfall ins Wanken geraten war. Studenten und höhere Schüler, denen die Aussicht auf einen einkommlichen Lebensberuf erschwert erschien, jedenfalls alle unzufriedenen, durch die Kriegsfolgen hart und empfindlich betroffenen Kreise wurden ausersehen, als Werkzeuge für die Machtpläne gestriger Großen dienen zu können. Auf die politische Urteilslosigkeit des Mittelstands war die Hoffnung dieser Rückschrittler besonders gerichtet. Es wurde der Versuch gemacht, in diesen Kreisen kleine Zirkel zu interessieren und durch Hetzpropaganda gegen die republikanische Staatsform für die Reaktion zu gewinnen. In den Heimwehren, Einwohnerwehren und Selbstschutzverbänden fanden die Drahtzieher des Rückschritts auch Gelegenheit, die alten Bande der Gesinnungsverwandtschaft aus der Kriegszeit her wieder anzuknüpfen. Verängstigte Kleinkrämer standig in Furcht vor etwa eintretenden Revolten und Plünderungen, wurden zu Anhängern des Hakenkreuzes, ganz außer Acht lassend, daß diese Verpropaganda gerade am ehesten dazu führen kann, soziale Unruhen heraufzubeschwören. Die von den Rückschrittlern zuerst gegründete

Deutschvölkische Partei,

die, wie gesagt, als das Sammelbecken aller unzufriedenen Schichten gedacht war, hat indessen zuerst keinen wesentlichen Anklang gefunden. Man versuchte es dann mit den Unzufriedenen auf dem Lande, die mit dem Zugriff des Staates auf rasch ergatterte Vermögen in Sorge waren. So erlebte man das sonderbare Schauspiel, daß die sogenannten „Deutschvölkischen" auf Anhänger aus den Kreisen der unzufriedenen Armen und zugleich der unzufriedenen Reichen spekulierten. Der Zulauf aus einer bestimmten Bevölkerungsschicht erschien den Gründern fürs erste sicher. Auf alles, was im früheren Militärstaat, ohne den Titel der Befähigung zu besitzen, hochfahrend herrschte in der Annahme, auf dem „niederen" Volk müsse herumgetrampelt werden, konnte von vornherein gerechnet werden.

Bei den gewerkschaftlich und politisch geschulten Arbeitern konnten die Deutschvölkischen auf keinen Anhang rechnen. Schlau und bewährend spekulierte man aber auf die Indifferenten, auf die Leute, die erst während der Revolution aus der großen Masse der Gleichgültigen zu den Arbeiterorganisationen kamen, die sich vorher wie um wirtschaftliche Fragen nicht kümmerten und die gewerkschaftlich zu schulen infolge der andauernden Lohnbewegungen noch nicht möglich war. Gewisse Arbeiterschichten haben leider noch nicht das nötige Klassengefühl, das sie fest und unerschütterlich nur an ihresgleichen bindet, wie das bei den Geldsäcklern und Kapitalisten in scharf ausgeprägter Weise der Fall ist. Es gibt noch Arbeiter, die in ihrer Not und Hilflosigkeit allerlei Einflüsterungen zugänglich sind. Mit allen Methoden und Mitteln wurde von den Nationalisten versucht, an diese Kreise heranzukommen. Man fing an, die Gewerkschaften und ihre Tätigkeit herabzusetzen, zu verunglimpfen und gegen die Führer Stimmung zu machen. Man versuchte es, mit der antisemitischen Agitation unter allerlei neuen Namensbezeichnungen an die Massen heranzukommen. Auf einmal gab es Deutschsozialisten, Werkgemeinschaftler, Nationalsozialisten, Deutschvölkische, bis man endlich mit dem Antisemitismus bei der Namensbezeichnung

Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei

angelangt war. Schon die Namensbezeichnung dieses neuen Hakenkreuzgebildes ist eine Heuchelei und Irreführung grobster Art. Sie ist nichts weiter als ein Aushängeschild für demagogische Zwecke. Arbeiter sind bei der Gründung dieser „Partei" jedenfalls nicht dabei gewesen; es ist deshalb offener Schwindel und

Volksbetrug,

dieses Gebilde „Arbeiterpartei" zu nennen. Ihrer ganzen Lebensäußerung nach ist diese Partei weder als national, noch als deutsch, noch als sozial, noch als Arbeiterpartei zu bezeichnen. Was es mit dem Titel „Arbeiterpartei" auf sich hat, hat ein früherer Parteimann dieser Antisemiten, Wolfgang Preiß, in einer großen Nürnberger Versammlung offen ausgeplaudert. Er sagte: ..... Die Delegation der „Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei" setzte sich aus 6 Grafen, 11 Oberlieutenants, 9 Majoren 4 Korvettenkapitänen, Landwirten aus Pommern usw. und nur zwei Arbeitervertretern (darunter mich) zusammen, so sieht diese Arbeiterpartei aus!"

Ueber das „nationale" am Nationalsozialismus wird weiter unten zu reden sein. Wer an der mit Radau und Gewalttat arbeitenden Gruppe spezifisch deutsche Eigenschaften entdecken will, muß schon mit großer Phantasie begabt sein. Der sonderbare rude Ton, der dem politischen Leben bisher ganz fremd war, der die Nationalsozialisten aber besonders auszeichnet, ist dem Deutschen ganz wesensfremd. Der Deutsche war von jeher die Gewissenhaftigkeit selbst. Er setzte Verantwortungsgefühl voraus, auch im politischen Kampfe. Er verlangte, auch in der Politik sachlich, gerecht und ehrlich zu sein. Er setzte voraus, daß mit Gründen gekämpft wurde, um die Meinungen zu klären, nicht aber, daß mit Gewalttat und Terror der politische Meinungsstreit einer Lösung entgegengeführt werden sollte, wie es die Hakenkreuzler augenscheinlich sich einbilden. Die Wahrheit des Volkes ist für die Auskämpfung dieser Dinge mit

aufs schärfste anzugreifen. Wir können nur unsere Ablehnung bekunden. Wir müssen unser lebhaftes Bedauern aussprechen, daß unseren ausländischen Freunden diese Ungelegenheiten bereitet wurden und daß uns nicht die Möglichkeit gegeben war, sie gegen diese Kläreleien schützen zu können.

Entlassungen bei Betriebsstillegungen.

In der letzten Zeit sehen aus den verschiedensten Ursachen Unternehmer dazu über, die Betriebe einzuschränken bzw. teilweise oder ganz stillzulegen. Dabei werden die zum Schutze der Arbeiter bestehenden Gesetze und Verordnungen vielfach nicht beachtet.

Der § 74 B.R.G. schreibt vor, daß der Unternehmer sich über Einschränkung bzw. Stillegung des Betriebes vorher mit der Betriebsvertretung zu Benehmen zu setzen hat.

Wenn der Betrieb abgebrochen, teilweise oder ganz stillgelegt werden soll, kommt außerdem die Verordnung über Betriebsabbrüche und Stillegungen vom 8. November 1920 in Betracht, die die Anmeldung der beabsichtigten Stillegung bei der Demobilmachungsbehörde vorschreibt. Wird die Anzeige vom Unternehmer versäumt, so wird die Beseitigung oder die Betriebsvertretung gut tun, diese Anzeige von sich aus zu erstatten.

Mit der Anmeldung beginnt eine Sperrfrist zu laufen von vier Wochen, innerhalb deren, wie die Verordnung vorschreibt, keine Veränderung der Sach- und Rechtslage vorgenommen werden darf. Dazu gehört auch, wie wir in Nr. 31 und 33 unserer „Betriebsrätekundschau" darlegten, daß Entlassungen während der Sperrfrist nicht vorgenommen werden dürfen, da dies eine Veränderung der Rechtslage bedeuten würde.

In der neuesten Nummer der „Schuhfabrikantenzeitung" (Heft 37) nimmt nun Rechtsanwalt Dr. Blesse-Berlin den Standpunkt ein, daß während der Sperrfrist Entlassungen vorgenommen werden dürften.

Diese Auffassung darf keinesfalls als richtig angesehen werden. Sie widerspricht völlig der Entstehungsgeschichte und der Zweckbestimmung der Stillegungsverordnung. Die Sperrfrist ist gerade deswegen eingesetzt worden, damit in dieser Zeit alles nachgeprüft werden kann, ob überhaupt ein berechtigter Grund für die beabsichtigte Maßnahme vorliegt. In dieser Zeit ist also das Unternehmen einem gewissen Produktionszwange unterworfen. Ein Rechtsgeschäft, welches in dieser Zeit vorgenommen wird (Entlassung), ist demgemäß gemäß § 134 B.G.B. als nichtig anzusehen. Der Einwand, die Stillegungsverordnung bilde kein Schutzgesetz für Arbeitnehmer, ist schon dadurch widerlegt, daß im § 1 der Verordnung als Merkmal der Betriebsstillegung bezeichnet wird, daß so und so viel Arbeitnehmer zur Entlassung kommen sollen. Die Stillegungsverordnung als Ganzes ist überhaupt im Interesse der Bewahrung großerer Arbeitslosigkeit erlassen worden.

Werden dennoch Entlassungen vorgenommen, so ist dem ordentlichen Gericht (Gewerbe-, Kaufmanns-, Amtsgericht) Lohn- oder Gehaltsklage einzureichen.

In der Frage nach der beabsichtigten Stillegungen vor der Demobilmachungsbehörde im Beisein von Betriebsleitung und Betriebsvertretung die Frage eine wichtige Rolle spielen, ob und inwieweit bereits eine Einstellung der Arbeit gemäß § 12 der Verordnung vom 12. Februar 1920 stattgefunden hat. Die letztere Verordnung und die Stillegungsverordnung laufen nicht nebeneinander her, sondern sie greifen in ihren Konsequenzen ineinander über. Es wird unter den heutigen Verhältnissen jedenfalls kaum einem Betriebsrat zu empfehlen sein, bevor nicht durch Arbeitsstreckung der Versuch gemacht wird, über die augenblickliche Betriebseinstellung hinwegzukommen.

Eineline eingehenderer Erörterungen gestattet nicht der Raum. Wir können nur nochmals die Aufmerksamkeit dieser Fragen zugewenden. In einem Erlaß vom 12. September 1923 hat der preußische Minister für Handel und Gewerbe die Demobilmachungskommissare ersucht, vor Fällung ihrer Entscheidungen die Vorschriften des § 3 Absatz 1 der Stillegungsverordnung vom 8. November 1920 besonders zu beachten. Danach ist der Demobilmachungskommissar verpflichtet, nicht nur mit der Betriebsleitung, sondern auch mit der Betriebsvertretung ins Benehmen zu treten, um die Umstände der beabsichtigten Maßnahme aufzuklären. Gegebenenfalls sind, wozu erforderlich noch besonders hingewiesen wird, auch die Gewerkschaften zu den Verhandlungen hinzuzuziehen. Die Tendenz dieses Erlasses des preußischen Handelsministers verdient auch in allen übrigen Bundesstaaten entsprechende Beachtung.

Bei Aufkommen von Streitfragen auf diesem Gebiet empfehlen wir den Kollegen die betreffenden Artikel in den Nr. 7, 8, 18, 27, 28, 30, 31 und 33 unserer „Betriebsräte-Rundschau" zur eingehenden Beachtung.

Kollegen! Geht auf richtige Auszahlung des tarifmäßigen Lohnes!

Die Lohnregelung.

Lohnvereinbarung bis zum 27. September (Stichtag: Beginn der Lohnwoche) für die Woche vom 24. bis 29. September (Beginn der Lohnzahlung: 1. Oktober) ist zum Stichtag 1 Dollar = 109,177,400 Prozent und der Reichsindex (Stichtag 135,644,075 Prozent) — Da bei Erscheinen dieses Blattes die Lohnbewegung abgeschlossen sein dürfte, sind diese Angaben hier

Mindeststundenlohn im Zeitlohn 28,901,200 Mk.

Mindestlohn im Akkord 35,474,750 Mk.

Der (unterste) Mindestlohnsatz in der fünften Ortsklasse (für Facharbeiter über 21 Jahre) ist gegenüber der Woche vom 17. bis 22. September um 4,5 Millionen Mark bzw. Prozent gestiegen. Der Vorstand hat entsprechend dem neuen Verbrauch in den 10 Beitragsklassen von 2 Mark beginnend mit 3 Millionen, beginnend in der höchsten Klasse auf 15 Millionen Mark, eingeteilt. Dieser Beitrag gilt für die Woche vom 1. bis 6. Oktober (ab. Beitragswoche) und ist spätestens am 6. Oktober fällig.

Die Beitragsleistung ist in der neuen Wochenmark-Höchstbeträgen. Sie muß für den Augenblick als hoch angesehen, ist ist es aber nicht. Sie bedeutet nur die Anpassung an den Preisstand. Wer selbst Sprung, den die Papiermarkschin macht, müssen die Betriebsräte folgen. Die Beitragsanpassung nach dem Stundenlohn ist nötig und zwar unbedingt nötig, für die Kassen des Verbandes. Ein gewisses Sicherungsgefühl dürfte in uns liegen, daß jede Woche der Mehrwert Mindestlohnsatz macht. Die verbindliche gestiegen und haben, uns auch auf diese Entwicklung einzustellen. Man muß bedenken, daß der Mitgliedschaft nur nach bei ist, wenn vor wenigen Wochen der Tausendmarkschein war: nun noch ein paar Nullsprünge! Nach Abbrechung der über Bestimmungen seiner Geschäftsordnung verzichten wird, seinem notwendigsten Geschäftsbereich — dem Geschäftsbereich des Verbandes — einzelnen Beitragsteilen zu entziehen, der nach seiner Beitragsfähigkeit beschränkt auf den entfällt.

Da das Redaktionsschluß erscheint eine alle 14 Tage herauskommt und die höhere Verbandsmitglieder

Lohntabelle,

wie und aus Kollegenkreisen verschiedene wird, abweichen zu soll erscheint, erhöhen sich bereits weitere Verschiebungen. Die Lohntabelle wird aber den Ortsverwaltungen jede Woche auf dem raschesten Wege durch Zirkular zugestellt. Im übrigen bleibt die Nichtveröffentlichung jedem einzelnen Kollegen vorbehalten. Wir veröffentlichen zunächst den (niedrigsten) Wochenlohnsatz der ersten Ortsklasse. Von dieser Gruppe aus betragen die Mindestlohnsätze der 2.—5. Ortsklasse 96, bzw. 92, bzw. 88, bzw. 84 Prozent. (Berechnungsart: Mindestlohnsätze der ersten Ortsklasse mal Prozentsatz, geteilt durch Hundert). Von dem Mindestlohnsatz im Akkord aus betragen sich auch die Löhne der übrigen Akkordklassen von 18 bis unter 15 Jahren. Sie betragen von oben nach unten genommen: 80, 60, 45 und 28 Prozent. (Berechnungsart: Oberster Mindestlohnsatz der betreffenden Ortsklasse mal Prozentsatz, geteilt durch Hundert). Unter Umständen die Berechnung bei Facharbeiterinnen, der 75 Prozent des für jene Altersstufe ermittelnden Mindestlohns beträgt (Berechnung: Jeweiliger Mindestlohn der männlichen Arbeiter der betreffenden Altersstufe mal Prozent durch Hundert). Bei allen Berechnungen werden Bruchteile von über 5 Pfennig und darüber auf ganze Pfennige aufgerundet.

Für die 40. Beitragswoche gilt die Beitragsmarke Nr. 40.

Der Beitrag beträgt in

Klasse 1:	**3 Mill. Mk.**	**Klasse 6:**	**18 Mill. Mk.**
„ 2:	6 „ „	„ 7:	21 „ „
„ 3:	9 „ „	„ 8:	24 „ „
„ 4:	12 „ „	„ 9:	27 „ „
„ 5:	15 „ „	„ 10:	30 „ „

Tarif- und Schlichtungswesen.

Allgemeinverbindlichkeits-Erklärung. Durch Entscheidung des Präsidiums der Reichsarbeitsverwaltung vom 7. September 1923 (Nr. VI 13.230) wurden die Anträge zum Reichstarifvertrag für die Schuhindustrie verbindlich am

a) 25. Juli 1923,
b) 11. August 1923,
c) 25. August 1923

für allgemein verbindlich erklärt. Diese Zeitfestsetzung gelten demnach auch für Nichtorganisationsfirmen der Schuh- und Reparaturindustrie. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt zu a) mit Wirkung vom 16. Juli 1923, zu b) mit Wirkung vom 6. August 1923 und zu c) mit Wirkung vom 20. August 1923.

Köln a. Umgebung. Laut Schiedsspruch gilt für die Woche vom 15. bis 21. September für Gesellen über 21 Jahre ein Stundenlohn von 22,500.000 M. von 19—21 Jahren ein solcher von 20,250.000 M. Für Hauptarbeiter wird für Herren und Damen pro Paar 33,750.000 M. für Werkmeister pro Woche 2,250.000 M. und der Meisterbetrieb pro Paar 760.000 M. bezahlt.

Kunststiftl für den Breitmaß Gaschen. Der tariflich Mindestlohnsatz für die Zeit vom 20. bis 26. September wurde 11,800.000 M. für männliche und 10,100.000 M. für weibliche Personen über 21 Jahre. Für die Zeit vom 27. September bis 3. Oktober beträgt dieser Lohn 26,800.000 bzw. 22,950.000 M.

Lohnabmachungen im Bezirk Y (Hamburg). Für Magdeburg beträgt der Ortslohn in der Woche vom 23. bis 29. September 11,700.000 M. (für Akkordarbeiten (Gummer) bei der Gesellenzusammenschluß dahin entschieden, daß der Reichsindex in Anwendung kommt. Danach beträgt der Ortslohn für die Woche vom 30. September bis 6. Oktober 23,344.500 M. Für Schleswig-Holstein, Hamburg und Lübeck beträgt der Ortslohn in der Woche vom 30. September bis 6. Oktober 25,500.000 M. Für weitere vier Wochen soll die weitere Steigerung der Reichsindex nur bis 20 Prozent in Anrechnung kommen, ebenfalls sind Verhandlungen zu beantragen.

Bezirk Unterfranken. Laut Vereinbarung treten für Unterfranken die Grundlohne: nach dem Index des bayerischen Statistischen Landesamts für Arbeiter über 21 Jahre mit beginnend vom 23.—29. September an Stundenlohn vom 24.438.000 M. 27.525.000 M. und 27.067.000 M. je nach Ortsklasse.

Lehnt Arbeitszeitverlängerungen ab!

Einzelne Arbeitnehmer, die zur Beschäftigung der Arbeitslosen auf ein kleine Zeit in der Woche übergegangen sind, sind mit den Anfängen zu die Kollegen vertreten, an deren Arbeitsstellen die bisher bei Arbeitnehmer, normale Arbeitszeit zu verlangen. Das wäre ein Tarifbruch zu betrachten und ist Pflicht der Kollegenschaft unter allen Umständen abzuleehnen. Zusammen mit Gewerkschaft der zuständigen Gewerkschaften unseres Verbandes wird von jedem einzelnen Mitglied zu arbeiten werden, im Einklang auf die Konkurrenten, die daraus entstehen, auch nur den Versuch zu von dem durch Abmachungen Errungenen preisgegeben.

Volkswirtschaftsschule des Landes Thüringen.

In Jena wird, beginnend am 1. November, ein Trimenonkurs in Volkswirtschaftslehre erfolgen, an dem sich in Kursusen anschließe, die verschiedene Gewerbewirtschaftlichkeit vielleicht fortsetzen können. Für Hörer auf 20 Teilnehmer (höchstens 30 Teilnehmer) Vorlesungen und Unterrichtsstunden bestimmt der Staat. Bewerbungen, die einen selbstverfaßten kurzen Lebenslauf, sowie eine Schulbildung bei obigen Bedingungen einreichen müssen, sind bis zum 15. Oktober 1923 durch Vermittlung der Betriebsrätekonferenz an den Kurs-Direktor der Volkshochschule Jena, Lutzerstraße 5, zu richten. Es wird vorausgesetzt, daß die Schüler nach Vollendet der Schule wieder in ihre alten Arbeitsverhältnisse zurückkehren können.

Die neuen Postgebühren ab 1. Oktober.

Ab 1. Oktober ist gemäß der neuen Postkarten im Fernverkehr 800,000 M. Porto, Briefe 2 Millionen M., Drucksachen, untere Gewichtsstufe 400,000 M., Päckchen 4 Millionen M., Pakete bis 3 kg: 1. Zone 4,5 Mill. M., 2. u. 3. Zone 9 Mill. M. Postanweisungen bis 50 Millionen 400,000 M., Zahlkarten bis 50 Millionen 100,000 M. Postscheckzahlungen sind auf volle 1000 abzurunden. Ueberschüssige Beträge verfallen!

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß für die Woche vom 30. September bis 6. Oktober der 40. Wochenbeitrag fällig ist.

Genehmigung von wöchentlichen Extrabeiträgen.

Auf Grund des § 6, Ziffer 1, des Statuts wird den nachfolgenden Ortsbeiten die Erhebung von Extrabeiträgen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Bamberg, ab 18. Sept.: in allen Beitragsklassen 50,000 Mk. pro Beitragsmarke. **Berlin**, ab 30. Sept.: in der 1. und 2. Klasse 10 Proz. der A. Klasse, in der 3. und 4. Klasse 10 Proz. der 4. Klasse, in der 5. und 6. Klasse 10 Proz. der 6. Klasse, in der 7. und 8. Klasse 10 Prozent der 8. Klasse und in der 9. und 10. Klasse 10 Proz. der 10. Klasse vom jeweiligen Grundbeitrag. **Celle**, ab 30. Sept.: in allen Beitragsklassen 10 Proz. des jeweiligen Grundbeitrags der 10. Beitragsklasse pro Beitragsmarke. **Meißen**, ab 2. Sept.: in allen Beitragsklassen 10,000 Mk. pro Beitragsmarke. **Darmstadt**, ab 16. Sept.: in allen Beitragsklassen 50,000 Mk. pro Beitragsmarke. **Dresden**, ab 2. Sept.: in allen Beitragsklassen 10,000 Mk., ab 30. Sept.: in allen Beitragsklassen 20,000 Mk. pro Beitragsmarke. **Eisingen**, ab 2. Sept.: in allen Beitragsklassen 25,000 Mk. pro Beitragsmarke. **Eppendorf**, ab 16. Sept.: in allen Beitragsklassen 20,000 Mk. pro Beitragsmarke. **Forst**, ab 16. Sept.: in allen Beitragsklassen 100,000 Mk. pro Beitragsmarke, ab 30. Sept.: in allen Beitragsklassen 50 Proz. vom jeweiligen Grundbeitrag der 1. (niedrigsten) Beitragsklasse pro Beitragsmarke. **Hertha**, ab 16. Sept.: in allen Beitragsklassen 5 Proz. vom jeweiligen Grundbeitrag pro Beitragsmarke. **Königsberg**, vom 2. bis 15. Sept.: in der 1. bis 4. Beitragsklasse 50,000 Mk., in der 5. bis 10. Beitragsklasse 100,000 Mk. pro Beitragsmarke, ab 30. Sept.: in der 1. bis 4. Beitragsklasse 100,000 Mk. pro Beitragsmarke, ab 30. Sept.: in der 5. bis 10. Beitragsklasse 100,000 Mk. pro Beitragsmarke. **Leipzig**, ab 30. Sept.: in allen Beitragsklassen 50 Proz. vom jeweiligen Grundbeitrag der 1. (niedrigsten) Beitragsklasse pro Beitragsmarke. **Mühlhausen i. T.**, ab 30. Sept.: in allen Beitragsklassen 50,000 Mk. pro Beitragsmarke vom 7. 10. ab wegen der Kalobeitrag von Woche zu Woche progressiv in der gleichen Weise wie der Grundbeitrag. **Naila**, ab 30. Sept.: in allen Beitragsklassen 100,000 Mk. pro Beitragsmarke. **Neumarkt**, ab 16. Sept.: in allen Beitragsklassen 10,000 Mk. pro Beitragsmarke. **Neuulingen**, ab 2. Sept.: in allen Beitragsklassen 20,000 Mk. pro Beitragsmarke. **Pirmasens**, ab 2. Sept.: in der 26. Beitragswoche in allen Beitragsklassen 100,000 Mk., ab 9. Sept.: für die 27. Beitragswoche in allen Beitragsklassen 200,000 Mk. pro Beitragsmarke. **Quickborn**, ab 2. Sept.: in allen Beitragsklassen 25,000 Mk. pro Beitragsmarke. **Schwerin**, ab 24. Sept.: in allen Beitragsklassen 100,000 Mk. pro Beitragsmarke. **Schwabmünchen**, ab 24. Sept.: in allen Beitragsklassen 100,000 Mk. pro Beitragsmarke. **Stuttgart**, ab 23. Sept.: in allen Beitragsklassen 1 Million Mk. pro Beitragsmarke. **Zeitz**, ab 30. Sept.: in allen Beitragsklassen 300,000 Mk. pro Beitragsmarke.

Vornahme der Quartalsabrechnung.

Kassierer und Revisoren werden darauf aufmerksam gemacht, daß mit der 39. Woche das 3. Quartal endet. Die Abrechnung ist mit Termin zu Termin sofort vorzunehmen und überschüssige Gelder zur Vermeidung der Einsendung sofort der Hauptkasse zu übersenden. Eingesandt werden müssen auch alle am Ende bestehenden rotfarbigen Marken vom 3. Quartal sowohl, als auch die noch den einzelnen Zahlstellen ausstehenden, vom früheren Quartalen.

Ausschlüsse aus dem Verbande.

Auf Antrag der Zahlstelle Königsberg i. Pr. wurden die Mitglieder Gustav Herrmann, Hermann Kaupp, Franz Marzala und Fritz Galitz aus Grund des § 24, Abs. 4 des Statuts (wegen Gefährdung dem Gesamtinteresse) aus den Verbande ausgeschlossen.

Nürnberg, den 20. September 1923.

Der Vorstand.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen.

Pirmasens. Der Beitrag der Zahlstellenbeteile für Monat September beträgt pro Mitglied 100,000 M. Dies ist ein Vorzugsnachzahlung der Beiträge und somit auch eine Sorgfältigkeitsfrage bei Einzelbeiter. Die Unterstützungsgelder sind nunmehr folgende:

bis zur 1ten Mitgliedschaft	50,000,000 M.
nach einjähriger Mitgliedschaft	60,000,000 „
nach zweijähriger Mitgliedschaft	70,000,000 „
nach dreijähriger Mitgliedschaft	84,000,000 „
nach vierjähriger Mitgliedschaft	124,000,000 „
nach fünfjähriger Mitgliedschaft	154,000,000 „
nach zehnjähriger Mitgliedschaft	184,000,000 „
nach fünfzehnjähriger Mitgliedschaft	250,000,000 „
nach zwanzigjähriger Mitgliedschaft	300,000,000 „

Diese Erhöhung tritt ab 36. Beitragswoche in Kraft. Die Auszahlung erfolgt, sowie Anerkennungsschreiben für die erhöhten Beiträge in einer Wochenbeitrag.

Die Ortsverwaltung.

Bernburg-Oberwerth. Am Mitgliedern von Bernburg-Oberwerth bringen wir hiermit zur Kenntnis, daß die Beiträge ab 1. Oktober 1923 neue weiten Beitragsmärkchen. Wilhelm Steiner, Kassierer, Bernburg, Hohenlohestraße 34, bezahlt gerne Mitglieder und zwar in Wochentagen von 3 bis 8 Uhr abends. Zu Zahlungen für fällen Lessen die Beiträge auch Sonntags vormittags entgegengenommen werden.

Briefkasten.

Augsburg. Kollegin Anna B., den Einsicherer und Unterkunft, Augsburg, die Beiträge von 265.700 M., 2.000.000 M. und 24.300 M. für den Verfechtung wird dankend entgegen.

Pirmasens. Beiträge der Zahlstellenbeteile kann für die Nr. 33 zu spät.

Junger Kollegen Mann, 22 Jahre, sucht Stellung als Zuschneider und Stichmacher, evt. auf Akkordarbeit. Gefl. Angebote unter W. H. an die Geschäftsstelle des „Schuhmacher" erbeten.

Tüchtiger Leistenschneider [illegible] Angebote unter [illegible] an die Geschäftsstelle des „Schuhmacher" erbeten.

Junger Zuschneider, [illegible] Angebote unter [illegible] an die Geschäftsstelle des „Schuhmacher" erbeten.

Spezial-Modellfachschule
J. Kröner, Bamberg (Bayern), Heilingbrunnstraße 53
prakt. Ausbildung von Modelleuren für die Schuhindustrie
Drei Modell-Gradiermaschinen, sowie sämtliche Maschinen, die zum Modellfach gehören, sind vorhanden.
Prospekt gratis. — Prima Referenzen. — Bei Anfragen Rückporto beifügen.

geistigen Waffen. „Deutsch" und „christlich" mutet also das Verhalten der Hakenkreuzler jedenfalls nicht an.

Es hat schon einmal vor dem Kriege einen Antisemitismus gegeben, der einmal im Reichstage als der „Sozialismus der dummen Kerle" bezeichnet worden ist. Es hat auch schon einmal einen Nationalsozialismus gegeben, den der fortschrittliche Parlamentarier Dr. Naumann ins Leben rufen wollte, jene gelbe wirtschaftsfriedliche Bewegung, die aber bei der deutschen Arbeiterschaft eine glatte Ablehnung fand. Der Unterschied ist jedenfalls, daß für den neuen Antisemitismus der politischen Aufwuhle der Ausdruck „Rebaunantisemitismus" eine noch zu gelinde Bezeichnung ist. Der alte Nationalsozialismus, wie ihn Naumann sich dachte, hatte vielleicht doch noch einigen Ueberschuß: der neue Nationalsozialismus aber, diese ideenlose, verworrene Bewegung, hat vom Sozialismus weiter nichts an sich, aber auch gar nichts, als daß er sich von diesem das Wörchen „sozial" entlehnt hat, zu demselben durchsichtigen demagogischen Zwecke, wie er sich die Bezeichnung „Arbeiterpartei" zulegte. Dieser Wortdiebstahl der Nationalsozialisten ist ein Kompliment an die sozialistisch denkende Arbeiterschaft, daß sie mit dem Sozialismus auf dem richtigen Wege ist. Dieser Wortdiebstahl zeigt, daß bei jenen Hakenkreuzlern doch die Ansicht vorherrscht, daß man ohne einen kleinen Anschein sozialistischen Anstrichs vielleicht auch nicht einen Anhänger aus Arbeiterkreisen angeln könnte. Wer sich der Mühe unterzieht, nach dem

Sozialismus des Nationalsozialismus

zu forschen, wird sehr bald eine große Enttäuschung erleben. In der Praxis der nationalsozialistischen Bewegung ist nämlich nicht das geringste von Sozialismus zu spüren. In den Versammlungen und Versammlungen beschäftigt man sich nie positiv mit Sozialismus. Es wird wohl auch niemand behaupten wollen, die Sphäre um Hitler und seine Freunde herum sei eine wahrhaft soziale. Ja, wo ist nun aber der Sozialismus des Nationalsozialismus? Mit der Lupe gelingt es uns schließlich, ihn zu entdecken, und zwar im Programm der Partei. Die Punkte, die Feldmäßige sozialistische nennen beschränken sich im wesentlichen auf folgende:

1. Gleiche Rechte (Erwerbs- und Bildungsmöglichkeit, Auslese nach Charakter und Fähigkeiten); gleiche Pflichten (Zwang zur gemeinnützigen Arbeit) aller Staatsbürger.
2. Verstaatlichung mit Auswahl. (Abschaffung der Zinsknechtschaft, Verstaatlichung der Trusts, der Großwarenhäuser, Ausbau der Altersversorgung, Bodenreform).
3. Allerlei. (Kampf gegen Wucher, Mutter- und Säuglingsschutz, Abschaffung des römischen Rechts).

Es gehört keine Scharfsinnigkeit dazu, um zu erkennen, daß diese Forderungen grundsätzlich sehr alt und dazu sehr dürftig sind. Man ist damit ein Menschenalter zu spät aufgestanden, denn was in diesen Programmpunkten sozialistisch genannt werden kann, hat die Sozialdemokratie seit Jahrzehnten verfochten und in viel schärferer Art herausgearbeitet. Diese Forderungen hätten, weiß Gott, nicht auf ihre Formulierung durch den Nationalsozialismus zu warten brauchen. Zum Teil sind es auch Forderungen, die in der Verfassung bereits verankert sind. Man merkt es deutlich, daß einige alte sozialistische Programmpunkte aufgelesen worden sind, um sich ein sozialistisches Anhängsel zu geben. Einige dieser Programmpunkte sind vom Nationalsozialismus vom sozialdemokratischen Programm glatt übernommen, bzw. sind sie dabei verschärft und in ein Barrogal verwandelt worden. Es gehört eine

unglaubliche Naivität

dazu, aus dem immanent wissenschaftlichen Gedanken des Sozialismus ein paar Brocken herauszufischen, sie dann zu verwerfen und ihn dann noch mit einem Anspruch von Originalität aufzustellen. Es liege sich im einzelnen nachweisen, von wem diese Forderungen übernommen wurden, es liege sich ferner die wissenschaftliche und technische Oberflächlichkeit verschiedener Punkte, z. B. Brechung der Zinsknechtschaft (!), Erlaß des römischen durch ein deutsches Recht (!) usw. aufzeigen. Das würde uns hier aber zunächst zu weit abseits führen.

Zunächst sei ein Einwand der Nationalsozialisten vorweggenommen: Sie könnten behaupten, niemand erhebe einen Anspruch auf Erfindigkeit ihres sozialistischen Programms, vielmehr bestünde die Originalität in der durchaus neuen Verknüpfung von Sozialismus und Nationalismus. Demgegenüber ist zu sagen, daß eine Sache nicht dadurch etwas wird, daß sie eine Verbindung mit einer anderen eingeht, sondern daß sie das höchstens tun kann, wenn sie erst etwas an und für sich ist. Es ist eine ernsthaftere Sache um Sozialismus, als sich der Nationalsozialismus auch nur träumen läßt. Es handelt sich um grundsätzliche Entscheidungen, die sich nicht nach Belieben anerkennen oder ignorieren lassen. Es geht nicht an, daß man starke Ideen vergeert und verdünnt und dann etwas damit anfangen will. Es geht nicht an, daß man sich um das Soziale herumdrückt, wenn man Sozialist sein will. Niemand kann nicht „auch" sozialistisch sein. Wer will, daß man ihn Sozialist nenne, der darf nicht nur ein paar Programmpunkte fischen. Man muß es ihm anmerken daß es ihm um Sozialismus ganz persönlich zu tun ist. Man sehe sich aber die Nationalsozialisten und ihre Führer und Gönner auf ihr soziales Gefühl und Gebaren hin an! Man kann sich natürlich trotzdem sozialistisch nennen, e. g. Aber man ist es nicht, man ist mehr als das nicht, man ist nicht sozial.

Das Sozialistische am Nationalsozialismus ist Vorschiebung, ist Köder zu demagogischen Zwecken. Es wird ihm niemand glauben, daß sie die Verstaatlichung des Grund und Bodens im Sinne haben, nachdem sie besonders auch keine reichen Grundbesitz zu Anhängern werben.

Druck: Fränkische Verlagsanstalt & Buchdruckerei G. m. b. H., Nürnberg. — Verlag: Zentralverband des Schuhmacher Deutschlands (A. Simon), Nürnberg, Eberhardstraße 1.